Differenzierung und Integration sozialer Systeme als Voraussetzungen der Umfrageforschung

Hartmut Esser

Ruhr-Universität Bochum, Abteilung für Sozialwissenschaften

Differentiation and integration in social systems as prerequisites of survey research

Abstract: The methodology of survey research in the social sciences is based a good deal on *social* preconditions, which are let for the most part implicit. From the explication of methodological requirements for behavior and skills of the partners' interaction at interviews, it is to be deduced, that these social preconditions of interviewing are closefitting to the structural elements of functional differentiated, but at the same time integrated social systems: structural differentiation, a universal value system, generalized media of communication and empathic individuality (on the level of the personality system). In such systems on the other hand, not only the institutional preconditions of survey research (bureaucratization, professionalization, (social)sciences) are developed, but there also exists an administrative demand for sociographic data. Survey research thus can be seen as a genuine functional element of complex-integrated, „modernized“ social systems. A short historic abstract of the development of survey research, above all its parallelism to the development of mass suffrage, proves the result of the analysis.

Inhalt: Die Methodik der sozialwissenschaftlichen Befragung beruht auf einer Reihe – meist implizit gelassener – sozialer Voraussetzungen. Aus der Benennung der methodischen Anforderungen an Verhalten und Fähigkeiten der Interaktionspartner beim Interview ergibt sich, daß diese sozialen Bedingungen der Befragung genau die strukturellen Elemente funktional differenzierter, aber gleichzeitig integrierter Sozialsysteme voraussetzen: strukturelle Differenzierung, einen allgemeinen Werterahmen, generalisierte Kommunikationsmedien und empathische Individualität (auf der Ebene des Persönlichkeitssystems). Da in solchen Sozialsystemen andererseits sowohl die institutionellen Voraussetzungen für Umfrageforschung (Bürokratisierung, Professionalisierung, (Sozial-)Wissenschaft) entwickelt sind, und zweitens auch administrativer Bedarf nach soziographischen Daten besteht, kann Umfrageforschung als genuines funktionales Element komplex-integrierter, „modernisierter“ Sozialsysteme gesehen werden. Ein kurzer historischer Abriss zur Entwicklung der Umfrageforschung, vor allem in ihrer Parallelität zur Entwicklung des Wahlrechtes, belegt das Ergebnis der Analyse.

I.

Trotz mancherlei Kritik ist das Verfahren der Befragung bis in die jüngste Zeit das beliebteste Instrument der Datensammlung in den empirischen Sozialwissenschaften geblieben. Die methodische Kritik am Verfahren der Befragung läßt sich dabei grob auf zwei Einwände reduzieren: Da es sich bei der Befragung um einen Sekundärkontakt handle, verringere sich die jeweilige Zielauswahl von Untersuchungspersonen um einen nach sozialen Merkmalen benennbaren Anteil von Personen systematisch (selektiver Ausfall). Und zweitens seien Befragungsdaten als Eigenschaftszuweisungen in ihrer empirischen Geltung höchst unsicher, da in der Befragungssituation eine Vielzahl kognitiver, linguistischer und emotionaler Störprozesse wirksam seien („Reaktivität“). Offenbar wird in dieser Kritik implizit davon ausgegangen, daß für die Befragung eine Reihe sozialer und sozialpsychologischer Voraussetzungen nicht gegeben seien, die bei der Methodik der Befragung – ebenso implizit – als fraglos gegeben angenommen werden und dort allenfalls in den diversen

Kunstregeln zum „richtigen Interviewen“ einen direkten Aufweis finden.

Ziel der folgenden Überlegungen soll es nun sein, die wichtigsten, in der Methodik der Befragung implizit vorausgesetzten sozialen Bedingungen einer verzerrungsfreien und gültigen Befragung zu explizieren. Dieser Versuch hat dabei zwei Nebenabsichten: Einmal soll über die Angabe der sozialen Bedingungen, unter denen Befragungen „methodisch korrekt“ abwickelbar sind, eine Theorie vorbereitet werden, die die systematischen Folgen typischer Verletzungen dieser Bedingungen prognostizieren kann. Eine solche Theorie könnte dann als „Instrumententheorie“ das Verfahren der Befragung auch dort anwendbar werden lassen, wo die eigentlich vorausgesetzten (und faktisch kaum erfüllten) Anwendungsbedingungen nicht gegeben sind. Im übrigen gehört die Entwicklung von Beobachtungs- und Instrumententheorien zur Grundvoraussetzung empirisch betriebener Forschung; für die Sozialwissenschaften ist darauf bisher weitgehend verzichtet worden.

Die zweite Nebenabsicht ist der Versuch, mit der Explikation der sozialen Voraussetzungen der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung gewisse Beziehungen zwischen den Anwendungsbedingungen dieses Verfahrens einerseits und einigen Grundannahmen bestimmter Richtungen der soziologischen Theorie andererseits aufzuweisen. Hierüber wären möglicherweise Anhaltspunkte darüber zu erlangen, ob nicht die Vermengung von theoretischen Hypothesen und implizierten Anwendungsbedingungen der Prüfmethodik zu einer artifiziellen „Bestätigung“ der theoretischen Hypothesen führen muß.

Im folgenden soll somit zunächst versucht werden, ausgehend von den methodischen Erfordernissen an das Verfahren der Befragung, die in der Methodik der Befragung implizierten sozialen Bedingungen zu verdeutlichen, soweit sie auf einer allgemeinen institutionellen Ebene und auf der Ebene von Persönlichkeitsmerkmalen auftreten. Dann sollen diese Einzelbedingungen in das Konzept soziologischer Theorien eingebracht werden, die die Strukturmerkmale komplexer und gleichzeitig integrierter sozialer Systeme benennen. An dieser – notwendig etwas aufwendigeren – Darstellung soll verdeutlicht werden, daß das methodische Konzept der Befragung stillschweigend solche sozialen Bedingungen als fraglos gegeben voraussetzt, die die zu nennenden Theorietraditionen (insbesondere: die struktur-funktionale Theorie) als Existenzbedingung einer ganz bestimmten Klasse sozialer Systeme angeben. Eine Darstellung der funktionalen Bedeutung der Umfrageforschung und einige Daten zu ihrer historischen Entwicklung sollen diese Argumentation weiter belegen. Schließlich soll angedeutet werden, daß die (z. T. unvermeidbare) Nichtbeachtung bzw. Nicht-Herstellbarkeit der jeweils erforderlichen sozialen Bedingungen der Befragung zu typischen Datenverzerrungen führen (bzw. nachweislich geführt haben), die ihrerseits die genannten Theorietraditionen empirisch „bestätigen“.

II.

Im weitesten Sinn ist die Methodik der Befragung an die meta-methodischen Normen über Eigenschaften von Sätzen angeknüpft, wie sie in der Analytischen Wissenschaftstheorie formuliert sind. In grober Zusammenfassung können diese Normen als Forderung nach Allgemeinheit von Sätzen und der empirischen Wahrheit

von Sätzen formuliert werden.¹ Dieser Hintergrund der Methodik der Befragung, bei CAMPBELL (1957) als Forderung nach „externer“ und „interner“ Validität² unmittelbar auf das Verfahren hin formuliert, setzt dabei – immer noch in sehr grober Unterscheidung – zweierlei voraus: Einmal die Bekanntheit des faktischen Universums des Individuenbereichs einer theoretischen (und zur empirischen Prüfung anstehenden) Aussage und die prinzipielle Verfügbarkeit jedes (potentiellen) Befragten als Untersuchungsobjekt (nicht-statistische Voraussetzungen von Auswahlverfahren). Und zweitens einen angebbaren Grad an Beziehungen zwischen den verbalen Äußerungen von Personen und tatsächlichen Sachverhalten (Gültigkeit von Befragungsdaten). Die letztere Voraussetzung kann dabei ihrerseits nach Voraussetzungen der kognitiven und linguistischen Korrektheit von Informationsübertragungen einerseits (nicht-beabsichtigte Datenverzerrung) und nach Voraussetzungen der Vermeidung bewußter Informationsverzerrung unterschieden werden, wie sie im Rahmen der Situationsstrukturierung durch Befrager und Befragten im Forschungskontakt („Reaktivität“) gelegentlich auftreten.

Aus der Auswertung von Erfahrungsberichten über die Probleme der Durchführung von sozialwissenschaftlichen Umfragen in Ländern der Dritten Welt (z. B. HAVENS 1964; WILSON 1958; HOFFMANN 1963; WUELKER 1963; MITCHELL 1965; PAUSEWANG 1969; NEALE 1957), aus der inzwischen sehr umfangreichen Literatur zum „Fehlverhalten“ von Befragten (vgl. VAN KOOLWIJK und WIEKEN-MAYSER 1974) und aus der Analyse einschlägiger sozialer Prozesse, wie sie in den soziologischen und sozialpsychologischen Kognitions-, Sprach- und Interaktionstheorien formuliert sind, lassen sich die oben genannten Grundvoraussetzungen in konkrete soziale und sozialpsychologische Voraussetzungen überführen.²

1 Diese Normen sind dabei ihrerseits aus den Anwendungsbedingungen des HEMPEL-OPPENHEIM-Schemas abgeleitet; „Praxisfähigkeit“ von theoretischen Aussagen (d. h. gesellschaftliche Verwertbarkeit) wird so zur obersten Prämisse auch der Methodik der Befragung.

2 Eine ausführliche Begründung für die einzelnen sozialen Voraussetzungen der methodischen Implikationen der Befragung findet sich bei ESSER (1975: 18ff.)

Die Verfügbarkeit von Befragten im Sinne eines prinzipiell möglichen Zugriffs auf beliebige Objekte eines bekannten Individuenbereichs hängt dabei von einem Mindestmaß an Bürokratisierung und Zentralisierung des Sozialsystems ab, innerhalb dessen sich der interessierende Individuenbereich befindet; und dies zur Definition des Auswahluniversums, der Sample-Rekrutierung und der Auswahl-Kontrolle. Neben der Existenz von Einrichtungen, die Sozialforschung auch erst technisch erlauben, verweist dies auf eine weitere Bedingung: Die Existenz allgemein geltender Kommunikationsmedien und eines allgemein verpflichtenden Interaktionsbezugsrahmens bei gleichzeitig hoher Autonomie auf der Ebene der einzelnen Person, da das Individuum als Zieleinheit der Datensammlung gilt und von daher auch als Individuum handlungs- und kooperationsfähig sein muß.

Für die kognitiven Bedingungen des Datenabrufs sind vier Einzelaspekte zu unterscheiden. Einmal die sozial verbreitete Fähigkeit zur Aufnahme vielfältiger Informationen und zur Informationsspeicherung. Diese ist (einschlägiger Kognitionstheorie zufolge) an die funktionale Bedeutung vielfältiger Umweltreize gebunden und verweist so auf die Bedingung der Vielfältigkeit der funktionalen Verflechtung von Personen, sowohl zur Herausbildung möglichst zahlreicher, komplex codierbarer kognitiver Konzepte wie der zugehörigen Vermittlungs-Codes (vgl. JONES und GERARD 1967). Daneben muß für die äquivalente Meßabbildung von der prinzipiellen Möglichkeit der Instrument-Validierung durch die Ermittlung semantisch und funktional äquivalenter Indikatoren ausgegangen werden, eine Bedingung, die unter Ähnlichkeit funktionaler Verflechtungen am ehesten erfüllt ist. Weiter ist vorauszusetzen, daß der Vermittlungs-Code (hier i. d. R.: Sprache) auch überwiegend als Übermittlungsmedium für kognitive Inhalte verwendbar ist, nicht also Bestandteil von „Handlung“ unmittelbar ist. Hier spielt einmal die sprachliche Struktur des Codes eine Rolle; Code-Systeme, die eher geeignet sind zur situationsneutralen Übertragung kognitiver Inhalte, bilden sich gesamtgesellschaftlich umso eher heraus, je weniger Alltagssituationen bereits a priori „festgeschrieben“ sind, kognitive Inhalte also überhaupt eine situationsstrukturierende funktionale Bedeutung haben können

(WHYTE und BROWN 1968). Die Entbindung des Codes von affektiven Nebenwirkungen ist dabei am höchsten, wenn der Code ein hohes Maß an Formalisierung aufweist. Die Affektladung von Interaktionen hängt überdies davon ab, in welchem Maße Interaktionen sanktionsbeladen sind, das heißt, in welchem Maße aus konkreter Interaktion unmittelbare Konsequenzen zu erwarten sind: Autonomie, d. h. Konsequenzenunabhängigkeit der Interaktionspartner, wird so auch zur Bedingung kognitiver Code-Verwendung.

Schließlich sind die Herausbildung individuell abrufbarer Stellungnahmen bei den Befragten und deren Kompetenzbewußtsein zur Stellungnahme als Bedingung zu nennen: Heterogene funktionale Verflechtung bewirkt sowohl die Entstehung von „Meinungen“ wie die (subjektive) Abrufkompetenz für „Meinungen“ über die Herausbildung von Autonomie auf der Individualebene. Diese Autonomie ist dabei gleichzeitig die Bedingung, über die eine Rollenübernahme in offenen Situationen (wie es der Befragungskontakt i. d. R. für den Befragten ist) erst möglich wird: empathische Autonomie als Fähigkeit der affektfreien Reaktion auf (kognitiv korrekt) gedeutete Verhaltenserwartungen.

Heterogene und vielfältige Verflechtung von Personen in Rollenbezüge ist dann zusätzlich die Bedingung dafür, daß Personen überhaupt motiviert sind, in Sekundärkontakte (wie eine Befragung) einzutreten: Motivation zur Interaktionsaufnahme gründet auf einer normativen Verpflichtung, die Teil der funktionalen Verflechtung des Befragten sind, und auf dem Belohnungswert der Abrufsituation: je höher die Verflechtungsvielfalt in Rollenobligationen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Forschungskontakt „Befragung“ eine bestehende Rollenverpflichtung des Befragten berührt und die Abrufsituation somit potentiell als belohnend empfunden werden kann.

Andererseits läßt sich zeigen, daß gerade hoch motivierte Befragte stark zu Reaktivität neigen, weil Motivation gleichbedeutend ist mit (vermutetem) hohen Belohnungswert des Forschungskontaktes, und dies gerade „reaktive“ Konsequenzbefürchtung herbeiführt (SILVERMAN und SHULMAN 1970). Damit unter der Bedingung motivierter Rollenübernahme nun aber auch ein

Abwurf von Eigenschaften erfolgen kann, die mit der jeweilig angesprochenen Verpflichtung nicht vereinbar sind („Nicht-Reaktivität“), sind zwei Lösungen denkbar: einmal die strukturelle Möglichkeit der Funktionen- und Verpflichtungsschottung, d. h. des Sanktionsentzuges von Handlungen über die Existenz unterschiedlicher und von einander getrennter Öffentlichkeiten; kurz: funktional spezifische Beziehungen. Und zweitens die Anbindung des Datenabrufs an einen allgemeinen Bezugsrahmen, der die Heterogenität der Alltagsrollenverflechtungen unberührt läßt, dennoch aber einen hohen Verpflichtungsgrad aufweist. Damit sind – ganz allgemein – zwei Ebenen der Befragungsbedingungen zu unterscheiden: auf der Ebene erforderlicher *Individualeigenschaften* werden für sämtliche Bereiche der methodischen Erfordernisse von Umfrageforschung immer wieder drei Eigenschaften genannt: *Motivation* zur Interaktionsaufnahme; Verfügung über kognitive Konzepte und komplexe linguistische Codes: *Kognition*; Kompetenzbewußtsein und „einfühlende“ Antizipationsfähigkeit: *Empathie*. Zweitens sind bestimmte *institutionelle Vorbedingungen* zu nennen, nämlich Einrichtungen der politischen Zentralisierung, bürokratische Spezialinstanzen, sozialwissenschaftliche Institutionen und formalisierte Kommunikationsmedien.

Die genannten Einzelbedingungen auf individueller und institutioneller Ebene lassen sich dabei auf vier allgemeine Merkmale sozialer Systeme zurückführen:

1. Die strukturelle Möglichkeit der verpflichtenden Verflechtung in zahlreiche, heterogene und in ihrer Ausübung nicht vollständig festgeschriebene soziale Positionen zur Entwicklung reichhaltiger Wahrnehmungs- und Codestrukturen, zur Herausbildung von individueller Stellungnahme aus der Erfahrung von Strukturvielfalt und Situationsoffenheit und zur Erhöhung des Rollensatzes an verpflichtenden Sozialbezügen, an die der Forschungskontakt anknüpfen kann: *strukturelle Differenzierung*. Und dies als Bedingung für Möglichkeiten der Sanktionsvermeidung und Dissonanzauflösung über Mechanismen der Sicherstellung individueller Anonymität, die ihrerseits Voraussetzungen zur Nicht-Reaktivität bei motivierter Rollenübernahme sind. Strukturelle Differenzierung bedeutet gleichzeitig die Herausbildung von politischen, admini-

nistrativen und wissenschaftlichen Spezialinstanzen, über die Umfrageforschung mit allen ihren auch technischen Erfordernissen auch institutionell erst möglich wird.

2. Die Existenz eines *allgemeinen Werterahmens*, der die unter Differenzierung funktional spezifischen Bezüge integriert, keinen unmittelbaren Bezug zu einer spezifischen Rollenverpflichtung hat und eine hohe Verhaltensverbindlichkeit aufweist, wodurch dann eine Partizipation an nicht unmittelbar betreffenden sozialen Vorgängen verbindlich wird und gleichzeitig von partikularistischer Rücksichtnahme und Konsequenzbefürchtung befreit werden kann.

3. Die Existenz *formalisierter und verallgemeinerter sinnhafter Kommunikationsmedien*. Hier von hängt sowohl die Möglichkeit der Kontaktnahme durch die Forschungsinstitution und die Verfügbarkeit der Befragten ab, wie die Möglichkeit einer (im technischen und sozialen Sinn) störungsfreien Informationsübertragung; allgemein verweist diese Bedingung auf die Existenz wirksamer Durchdringungsmechanismen und generalisierter Kommunikationsmedien in komplexen, sozialen Systemen.

4. Die Entwicklung von *Ich-Identität auf der Persönlichkeitsebene* als Voraussetzung zur Bildung individuell bewußter und individuell abrufbarer mentaler Zustände, zur Rollenübernahme in nicht definierten Situationen über die Fähigkeit zur Frustrationstoleranz und Impulshemmung (als Korrelat von Ich-Identität) und so zur psychischen Unabhängigkeit des Befragten von befürchteten Konsequenzen.

Auf den genannten Ansatz zur Analyse der Bedingungen von Befragungsforschung angewandt heißt das, ob sich soziale Strukturen denken und auch empirisch anwenden lassen, unter denen o. a. Bedingungen – strukturelle Differenzierung, allgemeiner Werterahmen, generalisierte und formalisierte Kommunikationsmedien und Systemdurchdringung sowie individuelle Autonomie – möglichst weitgehend gleichzeitig erfüllt sind.

Es ist unschwer erkenntlich, daß die genannten allgemeinen sozialstrukturellen Voraussetzungen der Umfrageforschung die besonderen Strukturmerkmale differenzierter, arbeitsteiliger Sozial-

systeme berühren und gleichzeitig das Grundproblem der Regelung sozialen Zusammenhalts in arbeitsteiligen Sozialsystemen umfassen: wie in differenzierten, in autonome Subsysteme aufgegliederten Gesellschaften eine Integration der (funktional) spezifischen Sozialbeziehungen überhaupt möglich ist; kurz: wie ist „unity in diversity“ erfüllbar (PARSONS 1967a: 4).

III.

Hauptmerkmal arbeitsteiliger Sozialsysteme ist die Ausdifferenzierung von Tätigkeiten in zahlreiche, heterogene, aber aufeinander bezogene Einzelfunktionen. Das Aufbrechen der Undifferenziertheit segmentärer Gesellschaften in „komplexe Gesellschaften“ wird (über mehrere Zwischenstufen) in den einschlägigen Modernisierungstheorien – zumindest implizit anknüpfend an die DURKHEIMschen Überlegungen – begründet mit der durch verschiedene (externe) Faktoren (u. a. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Wanderungen) erzwungenen Kapazitätserweiterung des Systems in Richtung auf die Entwicklung von Einrichtungen der Systemanpassung und aktiven Kontrolle unter Bedingungen instabiler Relationen zwischen Sozialsystem und (physischer und sozialer Umwelt (DURKHEIM 1960: 244 ff.; PARSONS 1964).

Hauptmechanismus dieser Anpassung an die erhöhte Umgebungskomplexität durch Kapazitätserweiterung ist die Funktionendifferenzierung; wichtigste Folge ist für den ökonomischen Bereich die Abtrennung von Arbeitsorganisation, Haushalt und Tauschvorgang; für den politischen Bereich die Ausbildung politischer Spezialinstanzen (politische Zentralisation); für den Bereich der Normenvermittlung Spezialinstanzen der Sozialisation und für den Bereich der Normenkontrolle Spezialinstanzen der Durchsetzung von Sanktionen. Diese Prozesse der Arbeitsteiligkeit führen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu einer erheblichen Steigerung der Verfügung über soziale und physische Ressourcen (LERNER 1968: 386ff.), was sich an einer Steigerung des Sozialproduktes, der Steigerung gesellschaftlicher Mobilität und allgemeiner Steigerung und Verbreitung kognitiver Fähigkeiten ablesen läßt; allgemein: einer Steigerung von „Optionen“ (SCHEUCH und SUSSMAN 1970: 242f.).

Gleichzeitig führen diese Prozesse innerhalb des Sozialsystems dazu, daß sich das soziale

System in Subsysteme, soziale Positionen und Institutionen ausdifferenziert, die jede für sich als Folge ihrer spezifischen Funktion eigene Systembeiträge und eigene Normen- und Wertehierarchien ausbilden. Dies trägt insgesamt zu einer Zergliederung des Gesamtsystems in Bereiche unterschiedlichen Zugangs zu gesellschaftlichen Belohnungen und unterschiedlicher „Loyalitäts“-Bereiche bei: (vertikale und horizontale) soziale Differenzierung.

Strukturelle Differenzierung schafft so einerseits die institutionellen Voraussetzungen für Umfrageforschung: erst bei Ausdifferenzierung von bürokratischen Spezialinstanzen, bei Entwicklung eines Subsystems „Wissenschaft“ stehen die nötigen technischen Hilfsmittel und demographischen Hintergrunddaten zur Verfügung. Und erst bei Existenz einer politischen Zentralinstanz,³ die bestimmte gesellschaftliche Funktionen den partikularen Kontroversen entzieht und zentral wahrnimmt, werden gesamtgesellschaftliche Daten zur Erfüllung dieser Funktion notwendig und damit Datensammlung zu einer wichtigen Bedingung des Funktionierens arbeitsteiliger und (das heißt auch intransparenter) Systeme. In segmentären Gesellschaften machen die Übersichtlichkeit und Festgeschriebenheit der sozialen Prozesse Zentralisierung und Datensammlung überflüssig.

Auf der Ebene des Persönlichkeitssystems bedeutet strukturelle Differenzierung die Aufspaltung der personalen Identität in eine Vielzahl von heterogenen und teilweise unvereinbaren Loyalitätsbereichen, ein Sachverhalt, der üblicherweise – als Folge der „Kreuzung sozialer Kreise“ (SIMMEL 1890) – unter der Bezeichnung „Rolle“ gefaßt wird. Rollenpluralismus von Individuen – nicht lediglich gesellschaftliche Positionsvielfalt, verstanden als „segmentäre“ Zergliederung – ist so andererseits die allgemeinste Befragungsvoraussetzung, die sich unter Arbeitsteiligkeit herausbildet. Die Verflechtung in heterogene Verpflichtungsbezüge fördert bzw. erzwingt die Verfügung über vielfältige Informationen, die Entwicklung vielfacher und komplex codierbarer kognitiver Konzepte und die Bereitschaft zur Übernahme von

3 Zur Verbindung von Bürokratisierung, politischer Zentralisierung und „Modernisierungs“-Prozessen: BENDIX (1964: 108ff.).

Rollen beliebigen Inhalts, selbst wenn die speziellen Rollenelemente zunächst nicht bekannt sind. Die gleichzeitig auftretenden Loyalitätskonflikte und der Zwang zur individuellen Positionsgestaltung (die ja prinzipiell der individuellen Leistung offen ist) (PARSONS 1972: 22; PARSONS 1966: 21) und die dabei auftretenden Reaktivitätsprobleme berühren jedoch unmittelbar das o. a. Integrationsproblem: Wie sind Loyalitätskonflikte lösbar, existiert ein integrierender Werterahmen bei gleichzeitiger Differenzierung? Loyalitätskonflikte entstehen unter zwei Bedingungen: bei fehlender Vereinbarkeit gleichzeitig zu erfüllender Funktionen und der Verpflichtung zu gleichzeitiger Funktionsausübung. Unter der Annahme, daß Arbeitsteiligkeit die Entstehung unvereinbarer Rollenelemente innerhalb eines Rollensatzes von Personen nicht nur zuläßt, sondern sogar notwendig macht, da die verschiedenen Subsysteme, in denen Personen interagieren, zur Erfüllung ihrer spezifischen Funktionen unterschiedliche Werthierarchien aufweisen müssen (MERTON 1967: 370f.), und unter der Annahme der Verbindlichkeit der Rollenverpflichtung, kann für arbeitsteilige Systeme von Loyalitätskonflikten als Regelfall ausgegangen werden (GERHARDT 1971: 87ff.). Für die Befragung war jedoch Rollenpluralismus – insbes. unter Einfluß unvereinbarer Rollenelemente – vorausgesetzt worden, d. h. Loyalitätskonflikte sind anscheinend unter den Bedingungen unvermeidbar, die die Befragung ansonsten erst ermöglichen. Die Bekräftigung der Hypothese, daß Arbeitsteiligkeit Umfrageforschung ermöglicht, müßte also mitumfassen, daß unter den strukturellen Bedingungen, unter denen Befragung durch Funktionenvielfalt erleichtert aber durch Loyalitätskonflikte gefährdet ist, gleichzeitig solche Loyalitätskonflikte aufgelöst werden können.

Für die Berechtigung dieser Annahme gibt es eine Reihe von Belegen. Einmal ist soziale Differenzierung verbunden mit einer Verminderung allgemeinen Sanktionsdrucks, da die einzelnen Systemelemente eine höhere Autonomie erhalten und der Zusammenhalt nicht mehr (wie in segmentären Gesellschaften) Ergebnis der Starrheit der Normenkontrolle ist, sondern sich aus dem freiwilligen Eingehen von Austauschbeziehungen ergibt. Sanktionierung von Abweichung ist so nicht mehr total, sondern an den jeweiligen spezifischen Funktionsbezug gebunden:

„droit cooperatif“ (DURKHEIM 1960: 119ff.). Aufspaltung von Loyalitäten heißt gleichzeitig Verringerung des Sanktionsdruckes, d. h. Verhalten und Verhaltenskonsequenzen interessieren nur kategorial und lassen so einen erheblichen Austragungsspielraum zu. Zum zweiten ermöglicht die Existenz funktional spezifischer Bezüge eine „Abschottung“ der verschiedenen Rollenbezüge innerhalb eines Rollensatzes (GOODE 1960), d. h. eine Reduktion der Öffentlichkeit von Verhalten bis zur Anonymität, ein Mechanismus, den SIMMEL (1908: 262f.) in seiner bekannten Charakterisierung des „Zweckverbandes“ beschreibt – eine treffende Analyse der Beziehung zwischen Funktionenspezifität und Lösung von Loyalitätskonflikten. Hierbei spielt die Existenz von Tauschmedien, die von der aktuellen Sozialbeziehung losgelöst anwendbar sind, eine entscheidende Rolle: Der übersituationelle Charakter solcher Tauschmedien verweist auf die abgegrenzte Funktionalität einer bestimmten Beziehung bei den Beteiligten, und die Beziehung kann dann von nicht-spezifischen Elementen entlastet ablaufen; nicht die totale Persönlichkeit muß sich im Austausch bei funktional spezifischen Interaktionen exponieren, es zählt nur die spezifische Leistung (SIMMEL 1907: 299ff.).

Neben diesen vorwiegend strukturellen Mechanismen der Bereitstellung von Konsequenzfreiheit werden Verhaltensstrategien der Individuen selbst genannt, wobei die wichtigsten das „Aushandeln“ von Loyalitätsverletzungen nach Maßgabe tauschtheoretischer Prämissen und das organismusinterne Austragen von Verpflichtungskonflikten durch die bekannten Verfahren der Dissonanzbewältigung sind (GERHARDT 1971: 75ff.); d. h. daß unter solchen Bedingungen, unter denen Individuen mit Belohnungspotential für relevante Bezugspersonen ausgestattet sind und gleichzeitig Fertigkeiten der Dissonanzbewältigung beherrschen, Loyalitätskonflikte auch durch individuelle Handlung lösbar sind. Beiden Mechanismen ist gemeinsam das Merkmal „Autonomie“; d. h. unter der Bedingung, daß Arbeitsteiligkeit individuelle Autonomie (zur „Tauschbefähigung“ bzw. zur „Ambiguitätstoleranz“) auf der Persönlichkeitsebene fördert, würde ein weiterer Lösungsmechanismus für die bei Arbeitsteiligkeit typischen Loyalitätskonflikte zur Verfügung stehen.

IV.

Die Verringerung des äußeren Sanktionsdruckes in arbeitsteiligen im Vergleich zu segmentären Gesellschaften ist eine unmittelbare Folge der Ausdifferenzierung autonomer Subelemente, bei der wechselseitige Beziehung nicht mehr aus der Einheitlichkeit des Normensystems und der unmittelbaren Normenkontrolle resultieren, sondern auf dem freiwilligen Eingehen von wechselseitig „lohnenden“ Austauschbeziehungen gegründet sind. Die prinzipielle Schwäche dieses auf utilitaristischen Prämissen beruhenden Ansatzes der Erklärung der Stabilität von arbeitsteiligen Sozialsystemen ist, daß ständig neue Kontrakt-schließungen auf dieser Grundlage stabile Interaktionsnetze nicht begründen können. Soll nicht zu einer Erklärung von Stabilität zu einer den Individuen äußerlichen Instanz gegriffen werden, bleibt nur die Annahme eines vor Aufnahme der aktuellen Sozialbeziehung existierenden gemeinsamen Orientierungsrahmens bei den Beteiligten, der einen über die spezifische Situation hinausreichenden, verpflichtenden, damit aber auch situationsdefinierenden Charakter hat: der „nichtkontraktuelle Teil des Kontraktes“, die „Institution des Vertrages“, regeln den Ablauf des Austausches der arbeitsteilig verbundenen, aber autonomen Subelemente des Sozialsystems. Das Eingehen von Sozialbeziehungen erfolgt auf der Grundlage der institutionalisierten – d. h. nicht immer wieder neu zu begründenden – und im Persönlichkeitssystem der Beteiligten verinnerlichten kollektiven Erfahrung wechselseitiger Interdependenz und der erst über diese Interdependenz möglichen Maximierung von Belohnungen (PARSONS 1961: 311f.; PARSONS 1967a: 5ff.). Die Befreiung der Sozialbeziehungen von irrelevanten – i. d. R. askriptiven – Tauschbedingungen einerseits und die prinzipielle Verfügbarkeit über generalisierte Ressourcen andererseits (PARSONS 1967c: 297ff.) konstitutionieren über die – kollektive und verinnerlichte – Erfahrung von Interdependenz diesen allgemeinen Werterahmen und damit einen Zustand, den PARSONS, um dem DURKHEIMschen Begriff der „organischen Solidarität“ den evolutionistischen Beigeschmack zu nehmen, mit „diffuser Solidarität“ umschreibt (PARSONS 1967a: 24).

Unter der Bedingung, daß Umfrageforschung an strukturelle Differenzierung gebunden ist, weiter aus methodischen Gründen eine Anbin-

dung der Beteiligungsmotivation an eine spezifische Verpflichtung (Reaktivität) aber nicht erfolgen darf, andererseits jedoch – für eine Stabilisierung der Abrufinteraktion – nur eine motivierte Rollenübernahme in Frage kommt, erweist sich dieser als Stabilitätsbedingung für soziale Systeme angenommene Werterahmen als eine für sozialwissenschaftliche Befragung notwendige Bedingung. Gleichzeitig ist diese Bedingung aber auch – immer den struktur-funktionalen Annahmen folgend – regelmäßig erfüllt. Arbeitsteiligkeit ermöglicht Umfrageforschung demgemäß im doppelten Sinn: durch „Einheit in der Verschiedenheit“.

Die Erläuterung dieser Beziehung muß ansetzen bei der inhaltlichen Beschreibung dieses Werterahmens. Ausgehend von den Entstehungsbedingungen für arbeitsteilige Differenzierung – Instabilität zwischen System und Umgebung – ist der Inhalt des allgemeinen Werterahmens nicht beliebig; er muß das generelle Ziel: Systemerhaltung durch „Kapazitätserweiterung“ sicherstellen und gleichzeitig einen so hohen Abstraktionsgrad aufweisen, daß die unterschiedlichen Wert-hierarchien der Subsysteme darunter subsumierbar sind.

Kapazitätserweiterung bedeutet dabei die Bereitstellung von sozialen Mechanismen, die einem Sozialsystem eine flexible Anpassung an veränderte Umgebungsbedingungen ohne ständig neu auftretende Notwendigkeit systeminterner Umorganisation erlauben. Zwei Grundorientierungen scheinen – jedenfalls für arbeitsteilige Sozialsysteme mit autonomen Subsystemen – für den allgemeinen, die Einzelfunktionen integrierenden und das Gesamtsystem stützenden Werterahmen zentral zu sein: Universalismus und Leistung. Universalismus bedeutet, daß Objekte von den Akteuren immer in einem allgemeinen, über ihre jeweiligen spezifischen Bezüge hinausweisenden Bezugsrahmen gestellt werden. Leistung bedeutet, daß Gratifikationserwerb möglich ist über alle Barrieren „zugeschriebener“ Eigenschaften hinweg: Chancengleichheit und individuelle Bemühung (DAHEIM 1967: 17f.; LIPSET 1963: 1ff.; PARSONS 1967b: 225f.). Dieser Werterahmen ist zwar nicht handlungsbestimmend in allen Subsystemen, da zum Systemerhalt die unterschiedlichsten Normrangfolgen erfüllt werden müssen, er wird aber dort dominant, wo erkennbar spezifische Interaktionen nicht erfolgen,

etwa in kognitiv unstrukturierten oder normativ nicht definierten Situationen, also in solchen Situationen, unter denen sozialwissenschaftliche Befragung üblicherweise stattfindet.

Der Vorgang, in dessen Verlauf sich Arbeitsteiligkeit über die Grundorientierungen Universalismus und Leistung integriert, wird üblicherweise mit „Modernisierung“, „Mobilisierung“, „Rationalisierung“ usw. bezeichnet (COLEMAN 1968; WEBER 1972: 21), und mit der Herausbildung von besonderen Institutionen zur Kapazitätserweiterung in Verbindung gebracht. Die wichtigsten dieser Prozesse sind dabei diejenigen, auf denen Umfrageforschung auch institutionell aufruhrt: Bürokratisierung, Professionalisierung und Institutionalisierung von (empirisch orientierter) Wissenschaft.

Insbesondere die Entwicklung (empirischer) Wissenschaft kann als paradigmatisch für die Entstehung problemlösender Spezialinstanzen im Gefolge von Arbeitsteiligkeit unter o. a. generellem Werterahmen gesehen werden. Der Primat der ständigen Verbesserung der Problemlösung bei Fehlen apriorischer Lösungsmuster erzwingt die Entwicklung von Regeln empirischer Naturerfassung, wobei diese Regeln keine inhaltliche Vorentscheidung (z. B. des Forschungsgegenstandes), sondern lediglich formale Verfahrensweisungen sind, von denen sich – über trial and error – erwiesen habe, daß die Beachtung dieser Regeln die (erfolgreiche) Lösung (beliebiger) Fragestellungen eher erlaubt als ihre Mißachtung; „Rationalität“, „Universalismus“, „Leistung“, dazu „Individualismus“ und „Meliorismus“ seien die Grundlagen der Verfahrensregeln von Wissenschaft, die so ihrerseits mit den Grundorientierungen in differenzierten Sozialsystemen kompatibel sind und sich unter den strukturellen Bedingungen entwickeln können, unter denen sich die Autonomie der Subelemente mit wertemäßigem Konsensus verbindet (BARBER 1964; BARBER 1968: 94f.; MERTON 1967: 539ff.). Die Beachtung lediglich formaler Regeln bei der empirischen Überprüfungsbemühung, die Befreiung von partikularistischen Loyalitäten bei gleichzeitiger normativer Anbindung an einen „altruistischen“ Werterahmen, gleichzeitige Verbindung von Traditionen des Rationalismus und des Empirismus unter Gewährleistung und normativer Absicherung von individueller Autonomie – als Institution in der ROYAL SOCIETY

verkörpert – sind die Elemente, die empirische Wissenschaft als spezifisches Produkt von struktureller Differenzierung und Wertekonsensus (mit beschriebenem spezifischen Inhalt) entstehen lassen: Säkularisierung aus der puritanisch-pietistischen Version protestantischer Ethik „altruistischer Individualität“ (MERTON 1967).

Für alle drei Prozesse – Bürokratisierung, Professionalisierung und Wissenschaftsentwicklung – ist kennzeichnend die Ablösung der Handlungen von partikularen Loyalitäten zugunsten der Erfüllung von Funktionen, die dann allerdings – über die Systemerhaltung per Kapazitätserweiterung – den Individuen wieder zugute kommen. Von partikularen Loyalitäten freie Interaktion (vgl. das Rollenelement der Befragtenrolle: „Affektfreiheit“) bei gleichzeitiger Motivation zum Eingehen in eine nicht unmittelbar belohnende Interaktion durch Internalisierung des allgemeinen Werterahmens im Persönlichkeitssystem – die Bedingungen gültigen Datenabrufs – wird im Gefolge integrierter Differenzierung ermöglicht: Umfrageforschung kann von seiten des potentiellen Befragten auf der Grundlage der Prozesse erfolgen, die gleichzeitig die institutionellen Voraussetzungen extern gültiger und inhaltlich valider Befragungsforschung sind.

V.

Zur Integration ausdifferenzierter Sozialsysteme ist die bloße Existenz eines generellen Werterahmens zwar Voraussetzung, zur Aufrechterhaltung seines Verpflichtungscharakters bedarf es jedoch weiterer Mechanismen, die allgemein mit „Systemdurchdringung“ bezeichnet werden. Systemdurchdringung bedeutet dabei, daß der Verpflichtungsgehalt des Werterahmens über alle Segmente des Systems, über alle Subsysteme hinweg diffundieren kann, allgemein: daß Interdependenz und Autonomie (die Grundlage „organischer Solidarität“) von allen Akteuren erlebt werden können; hierbei sind vor allem zwei Mechanismen bedeutsam: Partizipation und Formalisierung der Vermittlungsmedien. Partizipation bedeutet dabei die Ausweitung bestimmter *formaler* Rechte, auf die Regelung des Gesamtsystems Einfluß nehmen zu können, auf alle Individuen innerhalb des Sozialsystems: „Fundamentaldemokratisierung“, ohne die das System – auf der Grundlage von Autonomie der Subelemente – nicht funktionieren könnte. Dieser Prozeß – als Bedingung für die Integration

differenzierter Systeme mit hohem Verdichtungsgrad in Studien zur „Modernisierung“ auch immer wieder empirisch aufgewiesen (CURTIS 1971; LIPSET 1960; DEUTSCH 1971) – ist dabei die allgemeine Folge der Konstitutionsbedingungen arbeitsteiligen Wettbewerbs: Vertragsfreiheit und Privateigentum (BENDIX 1964: 76).

Diese „Bürgerrechte“, die vor allem „zugeschriebene“ Barrieren der Systemdurchdringung auflösen sollen (also nur die *Möglichkeit* von Partizipation, noch nicht deren tatsächliche Wahrnehmung sicherstellen!), lassen sich – nach BENDIX (1964) – in drei Klassen unterscheiden: „zivile Rechte“ wie Organisations- und Assoziationsrecht zur Wahrnehmung von Interessen durch Vertretung, ohne die eigene Autonomie (auf dem Tauschmarkt) zu gefährden; „soziale Rechte“ zur Vermittlung einer Minimalausstattung mit Fähigkeiten zur (auch faktischen) Ausübung von Autonomie, wie z. B. Grundschulausbildung; „politische Rechte“ der Zuweisung (bzw. repräsentativen Ausübung) von politischen Weisungsbefugnissen über ein allgemeines Wahlrecht.

Am Beispiel des Wahlrechts werden die Implikationen der Partizipationsrechte am deutlichsten und gleichzeitig die Verbindungen dieser formalen Partizipation mit den Implikationen der Umfrageforschung ersichtlich.⁴ In seiner vollständigsten Entwicklung weist das Wahlrecht drei entscheidende Besonderheiten auf: *Universalität des Zugangs*: alle erwachsenen Personen sind – soweit nicht mit extremen Abweichungen belastet – wahlberechtigt, unangesehen ihrer sonstigen Eigenschaften; für die Prüfung nomologischer Theorien sind ebenfalls prinzipiell alle Personen „auswahlberechtigt“ – ebenfalls (i. d. R.) soweit sie erwachsen und nicht extrem abweichend sind. *Gleichgewichtigkeit* des Einflusses: jede Stimme hat gleiches Gewicht für die Zuweisung von Machtbefugnissen. Bei Umfragen hat jede individuelle Äußerung in der Datenaggregation und der „Zuweisung“ von Eigenschaften zu Aggregaten von Individuen gleiches Gewicht. *Anonymität und (unmittelbare) Konsequenzenfreiheit*: der Wahlakt ist abgelöst von den Alltagsbeziehungen, unmittelbare Sanktionen sind nicht zu befürchten. Diese Bedingung ist insofern zentral,

als durch die „secrecy of the ballot“ die Wahrnehmung formaler Rechte als Ausdruck formaler Unabhängigkeit unter *gleichzeitiger faktischer Abhängigkeit* sichergestellt ist, d. h. Systemdurchdringung durch Partizipation die faktischen Ungleichheiten – auch in der Ausstattung mit sozial-ökonomischen Ressourcen – unberührt lassen kann (BENDIX 1964: 99f.). Damit ergibt sich eine unmittelbare Beziehung zu den Implikationen von Umfrageforschung: Die Sicherstellung von Konsequenzenfreiheit durch die Sicherstellung von Anonymität, die umso stärker erforderlich ist, je weiter formale Gleichheit (als „formales Recht“) sich von faktischer Gleichheit entfernt; Umfrageforschung wird so anwendbar, ohne daß sich das Untersuchungsfeld verändert: Der Erfüllung der (zunächst nur) methodischen Bedingung der Nicht-Veränderung des Untersuchungsgegenstandes im Forschungsprozeß als Grundpostulat der Meßanordnung kann unter den sozialen Bedingungen als gegeben angenommen werden, unter denen Umfrageforschung überhaupt möglich ist; die Weitergabe von „Meinungen“ in einer Umfrage ist selbst ein systemdurchdringender Partizipationsmechanismus, ein Kanal „demokratischer“, egalitärer Einflußnahme unter Befreiung von partikularer Rücksichtnahme und unmittelbarem Handlungszwang,⁵ aber auch unter Belassung faktischer Ungleichheit.

Systemdurchdringung durch (formale) Partizipation ist gebunden an die Standardisierung der Ausübung von Partizipationsakten, d. h. u. a. an die Ausbildung formalisierter und allgemein geteilter Vermittlungsmedien. Die Formalisierung der Vermittlungsmedien soll neben der Funktion der Sicherstellung der Autonomie der Subelemente eines Systems (als Bedingung für spezifische Funktionserfüllung) den reibungslosen Austausch der Subsysteme als von besonderen Loyalitäten unberührte, ausschließlich nach funktionalen Erfordernissen ablaufende Vermittlung gewährleisten: für den ökonomischen Bereich das formalisierte Medium „Geld“, für den politischen Bereich das Medium forma-

4 Vgl. zu den Verbindungen von Wahlrecht, Wahlvorgang und den Implikationen der Umfrageforschung insbes. ROKKAN (1961).

5 Vgl. hierzu LERNER (1968: 391f.); vgl. hierzu insbes. auch die Konzeptionen von Umfrageforschung als Kanal der Artikulation der „unarticulated, unorganized majority of the people“, wie sie in den quasi-plebiszitären Vorstellungen der frühen Umfrageforschung geläufig waren; vgl. ROKKAN (1966: 16f.).

lisierter Macht, für den Bereich gesellschaftlicher Integration die Einrichtung legaler Vertretungsinstitutionen, und für den Bereich der Normenkontrolle die Codifikation eines Rechtssystems, wobei der Schwerpunkt auf die „formale Rationalität“ der Verfahrensprozedur ausgerichtet ist.

Wichtigstes Vermittlungsmedium ist die Sprache, deren Codifikation und institutionelle Verankerung eine erste Vorbedingung transsystemaren Austausches ist (PARSONS 1966: 26). Im Hinblick auf die Anbindung des Kommunikationsmediums an den allgemeinen Werterahmen erhalten die sprachlichen Vermittlungen immer stärker vermittelten Charakter, d. h. der unmittelbare mündliche Kontakt wird abgelöst von mittelbarem Kontakt, der nun mehr und mehr auch über professionelle Vermittler abläuft. Die Funktion des Mediums verlagert sich mit zunehmender Codifikation immer stärker von „Vorschrift“ und Kontrolle auf den Austausch von Informationen kognitiver Art. Sichtbarster Ausdruck ist das Entstehen von Massenmedien (LERNER 1958).

Insbesondere die Entwicklung von Schriftsprache gilt dabei als Voraussetzung arbeitsteiliger Kooperation im Verfolg gemeinsamer Ziele, da erst durch die Schriftsprache eine Abtrennung der Verfügung über Informationen von ihrem Entstehungskontext möglich ist (HOIJER 1956: 203ff.; KATAGOSCINA 1971): Schriftsprache als Vorbedingung von *kategorialer*, d. h. auch anonym möglicher Kooperation; intermediärer Tausch ist auf der Grundlage ausschließlich persönlicher, d. h. oraler Kommunikation nicht durchführbar.

Die Implikationen der Entwicklung von Schriftsprache – als Vorstufe und Bedingung der Entwicklung formaler Legalsysteme (Geld; Bürokratie; formales Partizipationsrecht) – belegen sehr deutlich die engen Verbindungen der Formalisierung von Kommunikationsmedien, arbeitsteiliger Differenzierung, „Kapazitätserweiterung“ als Systemziel, und Systemdurchdringung mit der Entstehung empirischer Wissenschaft allgemein und der Durchführbarkeit von Umfrageforschung speziell. Entscheidend ist dabei, daß sprachliche Kommunikation mit der Entwicklung von Schriftsprache eine für die Integration differenzierter Systeme unerläßliche Kapazität

erhält: die Vermittlung kognitiver Inhalte losgelöst von der „askriptiven“ Billigung durch die unmittelbaren Kommunikationspartner (GOODY und WATT 1963). Wenig differenzierten sozialen Systemen, deren Zusammenhalt über vollkommene Öffentlichkeit des Verhaltens erfolgt, ist ein Vermittlungsmedium angemessen, das eine unmittelbare, immer wieder neue Zuordnung von Symbol und Bedeutung erlaubt: orale Vermittlung. Sprache hat so neben der Funktion der Übermittlung kognitiver Inhalte eine ausgeprägte Funktion sozialer Kontrolle: Da im Falle oraler Vermittlung das Gedächtnis der einzige Speicher kollektiver Erfahrung bleibt, mithin eine „empirische“ Prüfung der vermittelten Inhalte intersubjektiv kaum möglich (und funktional nicht notwendig) ist, ist eine enge Anbindung tradierter kollektiver Interpretationen an das normative System, oder – allgemein – eine Anbindung an die zentralen Alltagsbeziehungen leicht möglich; Dissonanzen sind leicht lösbar, „rationalisierende Anpassung“ ist unproblematisch (BARTLETT 1932: 266ff.; HALBWACHS 1950). Mythen können so für bestehende Institutionen ihre charakteristische legalisierende Funktion erhalten, die „kollektiven Repräsentationen“ der sozialen Morphologie entsprechen; empirische Erfahrung muß auf die Gegenwart beschränkt bleiben.

Eine solche „strukturelle Amnäsie“ durch orale Vermittlung wird unter Bedingungen, unter denen eine Anpassung von System und Umgebung komplexere Organisationsformen erzwingt, aufgelöst werden müssen: je differenzierter eine Gesellschaft ist, desto höher muß der Anteil „empirisch wahrer“ Beurteilungen und Annahmen sein; die normative Verankerung von „Wahrheit“ (z. B. „Lügen“ als religiös sanktionierte Abweichung) ist die Voraussetzung für ein Sozialsystem, das „immer mehr Kreditwirtschaft wird, bis hin zum Wissenschaftsbetrieb, in dem die Mehrheit der Forscher unzählige, ihnen gar nicht nachprüfbare Resultate anderer verwenden muß“ (SIMMEL 1908: 260); die Entwicklung speicherbarer Vermittlungsmedien ist die technische Voraussetzung der nicht mehr nur über unmittelbare Einigung regelbaren Austauschbeziehungen, die Schriftsprache ermöglicht die Diffusion des integrierenden „nichtkontraktuellen Teils des Kontrakts“ (PARSONS 1966: 27).

Damit aber sind einige der zentralsten Bedingun-

gen für Umfrageforschung angesprochen: es existiert ein transsituational stabiles Medium der Übermittlung kognitiver Inhalte, der Bereich des verfügbaren und so auch: abrufbaren, kognitiven Potentials ist erheblich erweitert und die Speicherung abrufbarer Daten erleichtert. So gesehen kann die Bemerkung von GOODY und WATT (1963: 304), daß „man as talking and writing animal“ primär das Studienobjekt von Soziologen sei, auf den Soziologen als Befrager ausgeweitet werden.

VI.

Die Formalisierung der Vermittlungsmedien ist die technische Vorbedingung zur Lösung des Grundproblems arbeitsteiliger Differenzierung: die gleichzeitige Erfüllung von „Konsensus und Verschiedenheit“, deren Ausdruck auf der Verhaltensebene die formale Partizipation ist und die in Demokratietheorien der politischen Repräsentation ihren normativen Niederschlag findet. Partizipation ist dabei Ausdruck der Verbindlichkeit des allgemeinen Werterahmens und Teil der internen Systemdurchdringung, die einem System das erforderliche Maß an „Selbstgenügsamkeit“ verleihen. Der unter Funktionalitätsgesichtspunkten und unter dem Aspekt der Interdependenz der Subsysteme gleich bedeutsame Beitrag jedes (autonomen) Systemelementes ist der Hintergrund der Gleichheitsvorstellungen, unter denen die Partizipation über intermediale Instanzen für die einzelnen Systemelemente einen „äquivalenten Tausch“ erst gestattet und wodurch „Gleichheit“ (kategorialer Art) zur Bedingung der Integration des Gesamtsystems wird. Die Autonomie der Subelemente bildet gleichzeitig die strukturelle Vorbedingung arbeitsteiliger Spezialisierung; die Ausstattung mit Tauschpotential, deren ökonomischer Ausdruck das Privateigentum ist, wird so zur Vorbedingung egalitärer Partizipation – d. h. auch zur Bedingung der Selbstverständlichkeit von (kategorialer) Gleichrangigkeit in der Interviewsituation, für die das Durchhalten der „Fiktion der Gleichheit“ eine zentrale Situationsbedingung ist.

Damit erhält aber das Moment der „Autonomie“ eine erhebliche Bedeutung: Als Bedingung für die Leistung eines spezialisierten Beitrags, als Bedingung zum Eingehen in (egalitäre) Tauschbeziehungen und als Bedingung der (an dem allgemeinen Werterahmen orientierten) System-

durchdringungen. Die Ausbildung individualisierter Identität (als „Ich-Identität“) als Vorbedingung arbeitsteiliger Spezialisierung und gleichzeitiger normativ gebundener Kooperation gründet so auf zwei Charakteristika von Individualität: der Verfügung über (funktional notwendige) Spezialfähigkeiten (d. h. hier: Verfügung über Tauschvermögen) und der Fähigkeit, an Vorgängen, die nicht den unmittelbaren Erfahrungsbereich treffen, emotional und auch kognitiv partizipieren zu können.

Diese Vorstellung kondensiert sich im Begriff der sozialen Rolle, der begrifflichen Fassung von Individualität, die sich nur in sozialen Bezügen, der „Wechselwirkung zwischen Ich und Anderen“ herausbildet (SIMMEL 1890), gleichzeitig aber in diesen sozialen Bezügen nicht vollständig aufgeht, da diese Bezüge – und dies vorrangig in arbeitsteiligen Gesellschaften – entsprechend der heterogenen Funktionserfüllung immer nur Partialbereiche der Identität (als Gesamtrepertoire latent möglicher Bezüge) aktualisieren: Partialität und Heterogenität von Sozialbeziehungen zerstören die Unbewußtheit totalen, vollständig öffentlichen Alltagsverhaltens (wie z. B. unter Bedingungen „mechanischer Solidarität“) und lassen so erst ein Bewußtsein der „Selbstgenügsamkeit“, d. h. der Systemabgrenzung auf der Ebene des Persönlichkeitssystems entstehen.

Die Vorstellung von Individualität (im Sinne von „Ich-Identität“) als Folge heterogener Sozialbeziehungen (und gleichzeitig als Vorbedingung zu „Mobilisierung“ und „Modernisierung“) hat ihren Niederschlag in einer Reihe von Konzeptionen gefunden. Im vorliegenden Zusammenhang interessiert dabei der LERNERSche Begriff der „Empathie“ deshalb zentral, da er besonders im Hinblick auf die Vorbedingungen und Begleiterscheinungen zunehmender arbeitsteiliger Differenzierung von seiten der Ausgestaltung des Persönlichkeitssystems her entwickelt wurde. LERNER (1958) bezieht den Vorgang, durch den Personen Individualität aus Heterogenität gewinnen und damit gleichzeitig Fähigkeiten zur Identifikation mit neuen Aspekten der Umgebung erhalten, auf die aus der Psychoanalyse entlehnten Mechanismen der Projektion und der Introjektion. Projektion ist der Mechanismus, durch den Objekten vom Selbst hochbewertete Eigenschaften zugeschrieben werden,

Introjektion bezeichnet den Vorgang, durch den dem Selbst hochbewertete Eigenschaften von Objekten zugeschrieben werden (LERNER 1958: 49). Damit ist nicht anderes beschrieben als was – in MEADscher Terminologie – die Entwicklung des „self“ bedeutet: sich selbst zum Objekt einer verhaltensrelevanten Orientierung zu machen, sich selbst vom Standpunkt der Umwelt her zu betrachten (MEAD 1934: 171). Diese Fähigkeit der Antizipationsleistung – oder des „role taking“ –, von MEAD (1969: 312) auch treffend als „soziale Intelligenz“ bezeichnet, ist nun die Voraussetzung auf der Persönlichkeitsebene, in abstrakten und heterogenen Sozialbezügen Kommunikation durchzuführen, und zwar unter der *Distanzierung von persönlichen Affekten*: ein ausgeprägtes „self“ als Vorbedingung rationalen Mitteleinsatzes unter gleichzeitiger ständig kontrollierender Antizipation der Reaktion der Bezugswelt (MEAD 1934: 90f.).

Die Entstehung dieser Eigenschaft⁶ ist selbst – neben einigen anthropologischen Besonderheiten – gebunden an das Potential differenzierter und unterschiedlicher Sozialerfahrungen. Der Aufbau der distanzierungsfähigen Individualität geschieht auf der Grundlage der Erfahrung von Unsicherheitserlebnissen und Inkonsistenzen im Alltag: erst die Erfahrung der Wirkung eigener Impulse in heterogenen und noch nicht festgeschriebenen Situationen läßt es zu, daß sich der Einzelne seiner Existenz bewußt wird.

Differenzierte Sozialerfahrung ist damit die Bedingung für die Fähigkeiten für rationales „funktionsgerechtes“ Handeln wie gleichzeitig für die Herstellung eines Handlungskonsensus – auch über die heterogenen Einzelbeziehungen hinaus: Das „self“ findet seinen integrierenden Bezugsrahmen umso eher, je weitreichender und vielfältiger die positionale Verflechtung ist; die Ausbildung eines ausgeprägten „self“ ist so eine grundlegende Bedingung zur Konstitution „organischer Solidarität“, der Integration arbeitsteiligen Handelns auf der Grundlage einer durch Antizipationen gebildeten „Pseudo-Realität“,

auch bei sonst höchst intransparenten sozialen Bezügen.

Die Ausbildung ausgeprägter Individualität – aufgebaut über differenzierte Sozialerfahrung – scheint also gebunden zu sein an arbeitsteilige Differenzierung auf der strukturellen Ebene: es besteht eine Beziehung „zwischen dem Bewußtwerden der Individualität und jenem Formprinzip der Vergesellschaftung, das wir als prinzipielle Vielheit sozialer Einheiten beschrieben haben“ (POPITZ 1961: 192).

Im Konzept der Empathie wird die Ausbildung von Individualität als Voraussetzung zur „Modernisierung“ im Sinne der Steigerung von Partizipation an überindividuellen Tauschbeziehungen formuliert, als Bedingung des Prozesses, „in dessen Verlauf Menschen mit starker Empathie zu Konsumenten, die mit Geld umgehen können, zu Radiohörern und zu Wählern werden“ und „sich über viele Angelegenheiten eine Meinung bilden, die sie persönlich nicht unmittelbar betreffen“ (LERNER 1958: 50). Dabei ist die Entwicklung von Empathie insofern zentral, als ein generelles „Kompetenzbewußtsein“ die subjektive Fähigkeit zur aktiven Kontrolle der Umwelt bedeutet, die auch kurzfristig entstehende Dissonanzsituationen übersteht und damit gleichzeitig die Voraussetzung schafft zur Ablösung von Handlungen von unmittelbaren Gratifikations- bzw. Sanktionsbefürchtungen (vgl. das Problem der „Konsequenzreaktivität“). „Abweichendes“, innovatives und „selbstloses“ Verhalten ist somit auf eine stabile psychische Grundlage gestellt: hohe Ambiguitätstoleranz und die Fähigkeit zum impulsgehemmten (d. h. abwägend rationalen) innovativen Verhalten sind Merkmale der empathischen „Persönlichkeit“ und die Diffusion einer derartigen Persönlichkeitsstruktur – nach LERNER (1958: 47ff.) eine Ausgangsbedingung von sozialer Mobilisierung.

Diese Verbindung von struktureller Differenzierung, Spaltung der Loyalitäten, Verfügung über ein reichhaltiges habitualisiertes Situationsrepertoire und gleichzeitiger Fähigkeit zu impulsgehemmter, befürchtungsfreier Kooperation ist der Zentralpunkt der Argumentation, daß „neutral-detachierter“ – und gleichzeitig motivierter – Forschungskontakt als methodische Konzeption zugeschnitten ist auf die sozial-strukturelle

⁶ Die beschriebene Persönlichkeitseigenschaft figuriert unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen: „Empathie“ bei LERNER (1958); „self“ bei MEAD (1934); „role-taking-ability“ bei TURNER (1956); „reflexive Ko-Orientierung“ bei SIEGRIST (1970).

len Verhältnisse in arbeitsteiligen und gleichzeitig integrierten Sozialsystemen.

VII.

Die Analyse der Struktur arbeitsteiliger integrierter Sozialsysteme erlaubt nun ein vorläufiges Ergebnis: Die zur Erfüllung der methodischen Bedingungen sozialwissenschaftlicher Befragung notwendigen sozialen Bedingungen sind Begleiterscheinungen von integrierter Arbeitsteiligkeit auf den verschiedenen Systemebenen: Differenzierung des Sozialsystems, Integration des kulturellen Systems über den Werterahmen und Systemdurchdringung, Autonomie des Persönlichkeitssystems.

Die gleichzeitige Entwicklung von sozialer Differenzierung, Integration über einen allgemeinen Werterahmen, Systemdurchdringung durch Legalinstitutionen und individuelle Autonomie erlaubt dem einzelnen Befragten das motivierte Eingehen in kategoriale Beziehungen, die Entsprechung der kognitiven Anforderungen im Datenabruf und eine affekt- und befürchtungsfreie Reaktion als autonomes Individuum. Und dies deshalb, weil strukturelle Mechanismen die Ausbildung der genannten Eigenschaften (*Motivation; Kognition; Empathie*) bereits im Alltagsverhalten der Befragten begünstigen bzw. erzwingen; als allgemeinstes Ergebnis von struktureller Differenzierung: die Ausbildung von *Soziabilität* im Sinne der „sozialen Intelligenz“ MEADS, d.h. die Ausbildung von Individualität in der Wechselbeziehung zwischen dem Einzelnen und einer differenzierten Umwelt.

Mehr oder weniger explizit begleitet die Vorstellung von Soziabilität als allgemeinste Bedingung für sozialwissenschaftliche Befragung auf seiten des Befragten alle analytischen, apologetischen oder mehr oder weniger gekonnt kritischen Reflexionen über die Befragungsmethode und deren soziale Bedingtheit. Der Beleg jedoch erfolgte zumeist nur kasuistisch, unvollständig und ohne systematischen theoretischen wie empirischen Bezug, was insbesondere die Beziehungen zwischen sozialer Differenzierung, Soziabilität und Umfrageforschung angeht.

Die Enumeration der Einzelelemente, unter deren Erfüllung Befragung optimal deshalb möglich sei, da eine Präsozialisation auf die Befragungssituation bereits in Alltagskontexten erfolgt,

umfaßt dabei im wesentlichen folgende Elemente:⁷ Allgemeine Informiertheit und Diffusion eines Grundwissensstocks, Äquivalenz und Gleichgewichtigkeit der Einzeläußerungen, Eingebetheit von Kategorialebeziehungen, Individuen als Basiseinheiten von Sozialbeziehungen, Rationalität und Affektfreiheit von Interaktionsbeziehungen, schließlich Responsibilität als Verpflichtung zum Eintreten in Kontakte, die auch den Primärbereich überschreiten. Und dies seien gerade die Kennzeichen von „modernen“ Gesellschaften, „kompetitiven“ Gesellschaften, „demokratischen Gesellschaften“, kurz: eine Beschreibung der westlichen Industriegesellschaften, deren Prototyp die Vereinigten Staaten von Amerika darstellten. Dort seien die Techniken entstanden und dort auch vergleichsweise unproblematisch anwendbar (BONILLA 1964: 137): Umfrageforschung erscheint in diesen Berichten als ein unmittelbares Produkt kapitalistisch-demokratischer, individualistisch-liberaler Gesellschaftsorganisation.⁸ Die Befragung sei optimal möglich unter Bedingungen der „civic culture“ (ALMOND und VERBA 1963), in der LASSWELLS (1948: 148ff.) „democrat“ und BERELSONS (1952: 329) „voter“ (als Prototypen des „idealen Befragten“) gesellschaftlich genügend weit verbreitet sind. Und unter diesen Bedingungen – am ausgeprägtesten in den USA – sei überdies die Ähnlichkeit zwischen Alltag und Befragungssituation am höchsten (ROKKAN 1969: 11), die Rollenübernahme auch bei nicht-definierten Situationselementen von daher auch am problemlosesten.

Die faktische Verbreitung von Umfrageforschung in westlichen Industriegesellschaften kann aber nicht nur daraus erklärt werden, daß die sozialstrukturellen Bedingungen Umfrageforschung problemlos zulassen; funktionalistische Argumentation wird eine „Zweckursache“ anzugeben haben.

Die Funktion von Umfrageforschung in diffe-

7 Vgl. hierzu die kasuistischen Versuche zu einer solchen Enumeration bei folgenden Autoren: RUDOLPH (1958: 235); VERBA (1969); RIESMAN und GLAZER (1948: 634ff.); DENZIN (1970: 136); CICOUREL (1970: 135); ROKKAN (1969: 16f.).

8 Vgl. dazu die ausgezeichneten Analysen von GOSTKOWSKI (1964; 1966).

renzierten Sozialsystemen ist eine zweifache: einmal dient sie als Quelle für Datenmaterial, das zur Administration der ansonsten undurchschaubaren sozialen Vorgänge im Rahmen allgemeiner soziographischer Erfassung dient: Umfragen als Administrationshilfe. Zweitens haben Umfragen, da sie einen besonderen überindividuellen Kanal der Artikulation breiter Populationsteile darstellen (könnten), die Funktion eines Durchdringungsmechanismus: Umfragen als Integrationsinstrument.

Die besonderen Eigenheiten gerade der sozialwissenschaftlichen Konzeption der Befragung bedienen dabei die beiden wichtigsten Konstitutionselemente von arbeitsteiliger Kooperation: als Administrationsinstrument beläßt Umfrageforschung wie keine andere soziographische Erfassungstechnik und wie kaum eine andere sozialwissenschaftliche Erhebungstechnik die Befragten in ihrer Autonomie – dem bürgerlich – liberalen Verständnis von Administration und Herrschaft angemessen (HABERMAS 1969). Als Durchdringungsmechanismus realisiert sie die interdependente Verknüpfung der Systemelemente (und ist gleichzeitig in ihrer Anwendung an bestehende Interdependenz gebunden) durch die Partizipation der Befragten an einer nicht-partikularen Unternehmung. Diese Verwirklichung von „Kooperation unter Autonomie“ durch Umfrageforschung wird näher zu begründen sein.

Die historische Verbindung des Aufkommens soziographischer Untersuchungen mit der Ablösung feudaler Übersichtlichkeit der sozialen Verhältnisse durch die Intransparenz der kapitalistischen Verkehrswirtschaft ist überdeutlich: „Beinahe auf den Tag, an dem der europäische Feudalismus seine erste politische Niederlage erleidet, entsteht die erste soziographische Untersuchung“ (JAHODA und ZEISEL 1933: 89), nämlich PETTYS „The Political Anatomy of Ireland“, deren Vorarbeiten im Jahr 1641 beginnen. Unter den Segmentär-Bedingungen sozialer Transparenz durch „Dekret“ im Feudalismus bedarf es keiner Techniken, eine nichtvorhandene Unübersichtlichkeit unter Belassung der Autonomie der Beherrschten aufzulösen; erst der freie Markt der bürgerlichen Gesellschaft, die gewachsene Autonomie von Produzent, Lohnarbeiter und Marktteilnehmer und die aus dem „freien Spiel der Kräfte“ erwachsene Unübersichtlichkeit lassen Soziogra-

phie notwendig werden zur (Minimal-)Administration: „(Diese) Übersehbarkeit wiederherzustellen wird Aufgabe der vielfältig sich entwickelnden Sozialwissenschaften, vor allem der Statistik und der mit ihr eng verbundenen Soziographie“ (JAHODA und ZEISEL 1933: 89). Allgemein kann gelten, daß mit abnehmender Eindeutigkeit der Inferenz von bestimmten Merkmalen auf andere Merkmale – eine Funktion wachsender positioneller Zergliederung, Verhaltensautonomie und personaler Loyalitätsheterogenität – der Bedarf nach Soziographie wächst, unter der Zusatzbedingung der Existenz von gesamtgesellschaftlichen Administrations- und Planungsinstanzen: politische Zentralisation.

Aus diesen Bedarfen – Ermittlung von nicht mehr leichthin inferierbaren Merkmalen zu Administrationszwecken – entwickelt sich so auch Umfrageforschung. Sie vereinigt (formal) die Elemente des Census mit plebiszitären Akten der Zuweisung von Machtbefugnissen, wobei die Parallelität zum Wahlvorgang von besonderer Bedeutung ist. Mit der Ausweitung der Legalinstitution „Wahl“ auf alle Bevölkerungsschichten wurde die Anonymität des Wahlaktes notwendig zur Auflösung von Spannungen, die bei öffentlicher Abstimmung – wie im „régime censitaire“ – wegen der weiter bestehenden faktischen Abhängigkeit der formal berechtigten Bevölkerungsegmente unvermeidlich waren. Mit der Anonymität des Wahlaktes, zusammen mit dem rapiden Wandel der Wahlverfahren, wächst die Unsicherheit über den Wahlausgang und so das Bedürfnis nach Prognose des Wahlausgangs. Dies – zusammen mit den genannten Bedingungen der Durchführbarkeit von Umfragen, die sich ja mit der Entstehung formaler Rechte gleichzeitig entwickeln – „made it very tempting to meet this demand through systematic interviewing across the major segments of the population“ (ROKKAN 1969: 9; ROKKAN 1972: 41ff.).

Die enge Beziehung zu Wahlprognosen begleitet so die Entwicklung der Massenbefragung in der USA, über die „Literary Digest Polls“ bis zum entscheidenden technischen Durchbruch durch GALLUP und ROPER im Gefolge der Fehlprognose des Wahlausgangs von 1936; die anschließend in erheblichem Ausmaß sich entwickelnde kommerzielle und administrative Sozialforschung entsteht unmittelbar aus diesem Modell: als Er-

weiterung der periodischen, inhaltlich spezifischen Wahl zum „Referendum“ zu beliebigen Inhalten. Die Einführung des standardisierten Fragebogens ist schließlich der Schlußpunkt auf dem Weg zur Nutzung von Umfragen für sozialwissenschaftliche Zwecke im großen Stil.

Die Anknüpfung der Entstehung von Umfrageforschung an die Anonymität in der Ausübung von Legalakten ist dabei nicht lediglich eine episodische Zufallserscheinung. Die Belassung der Autonomie der Beteiligten, was gleichzeitig heißt: Belassung von faktischen Ungleichheiten, entspricht der Konstruktion der Wahrnehmung formaler Rechte unter Bedingungen liberaler Selbstregulierung. Dies ist gleichzeitig dem Praxisverständnis von empirischer Sozialforschung in der Formulierung des Regelkanons des Kritischen Rationalismus angemessen – und weiter dem methodologischen Postulat der Unberührtheit des Meßobjektes durch den Meßvorgang: Theorieformulierung, Theorieprüfung und Theorieverwertung sind voneinander zu trennen, Praxis im Sinne der Erfüllung von Prognosen über die Bereitsstellung von Randbedingungen zu beliebigen Zwecken unter Kenntnis empirisch wahrer Gesetze – gemäß dem HEMPEL-OPPENHEIM-Schema – ist nur möglich, wenn die Meßhandlung die Objektbefindlichkeit nicht verändert, d. h. das Objekt in seiner Autonomie – damit aber auch: seiner faktischen Lage – unverändert läßt.

Die Verbindung von Umfrageforschung zu den bürgerlichen Legalinstitutionen hat noch einen weiteren Aspekt: „Meinungs“-Befragung ist selbst Teil dieser Formalrechte mit ihren systemdurchdringenden und integrierenden Funktionen. Diese Beziehung leitet sich aus der bürgerlichen Ideologie vom Gesetzesstaat als Auflösung von Herrschaft und Setzung eines lückenlosen Normensystems ab, das die Autonomie der Einzelnen beläßt, indem es über den Konsensus aller gesetzt wird (HABERMAS 1969).

„Öffentliche Meinung“ als „gemeine Meinung“ zum Zweck der Sicherung der konsensuellen Selbstregulation wird zum Mechanismus der Steuerung der an ein bestimmtes Systemziel ständig anzupassenden Institutionen. Die Kanäle, über die sich öffentliche Meinung artikulieren kann, erhalten so eine den übrigen Legalrechten äquivalente Funktion, und Umfrageforschung

ist der Mechanismus, der die Artikulation der gemeinen Meinung (im Sinne von „Fundamentaldemokratie“) gewährleisten kann, eine Vorstellung, die in der frühen Phase der Umfrageforschung auch als explizite Professionsideologie geläufig war. „Öffentliche Meinung“ erscheint so auch in Modernisierungstheorien als Begleitentwicklung von struktureller Differenzierung, als Endstufe der Erhöhung des gesellschaftlichen Partizipationsgrades: Nach Urbanisierung, Verbreitung von Elementarbildung (durch die erst formalisierte überregionale Kommunikation möglich wird), Entwicklung von Massenmedien erfolgt eine generelle Erhöhung der Partizipationsraten in allen Sektoren des sozialen Systems: „... im Konsumsektor das Geld (oder der Kredit), in der Öffentlichkeit die Meinungsbildung, in der repräsentativen Politik das Wahlsystem“ (LERNER 1958: 62; LERNER 1968: 372). Öffentliche Meinung als „empathy to participation“, als spezifische Interaktion zwischen autonomen Individuen und dem Institutionensystem, existiert so in „traditionalen“ Gesellschaften nicht, in denen eine ständige Anpassung der Systemeinheiten nicht erforderlich ist (SPEIER 1952).

Durch die Zentralstellung der Stellungnahme der autonomen Individuen zur Systemdurchdringung wird auch der Wandel im Methodologieprogramm vom strukturalistischen zum funktionalistischen Überprüfungsprogramm theoretischer Sätze plausibel (HOLZKAMP 1972). Ein solcher Wandel im Wissenschaftsprogramm wäre ohne die Entstehung von Partizipationsrechten und die Anbindung des Forschungskontaktes an die Partizipationsrechte speziell nicht möglich: Wenn individuelle Reaktionen immer nur unmittelbare, heterogene Widerspiegelungen der Herrschaftsinstitutionen sein können (wie bei Fehlen solcher Partizipationsinstitutionen), dann ist man verwiesen auf Informanten – die klassischen Datenquellen der anthropologischen Erforschung von wenig komplexen Sozialsystemen – oder auf die fachmännische Introspektion besonders ausgebildeter und besonders motivierter „Probanden“ in der Tradition WUNDTscher Psychologie (KEESING und KEESING 1966; SCHULTZ 1969: 215).

Andererseits besteht in solchen Sozialsystemen i. d. R. nicht die Notwendigkeit der ständigen Legitimierung der Institutionen durch Partizipa-

tion und „Konsensus-Bildung“ in freier Abstimmung: Die Legitimierung erfolgt durch Dekret, Mythos, Normenrigidität. Eine intermediäre Praxis über die Prüfung der aktuellen Regelung der Sozialbeziehungen prinzipiell autonomer Individuen, und damit letztlich auch: Umfrageforschung, ist überflüssig. In komplexen, auf der Basis von Selbstregulation aufgebauten Sozialsystemen erhält Umfrageforschung so den Status eines (notwendigen) systemdurchdringenden Mechanismus, indem sie über die Artikulation prinzipiell aller Populationssegmente den zur Systemerhaltung notwendigen Partizipationsgrad auch bei solchen Populationsteilen sichert, die über andere Kanäle nicht an der Systemdurchdringung teilhaben, dennoch aber der Systemsteuerung mit unterworfen werden müssen.

Auf Grund dieser besonderen funktionalen Bedeutung von Umfrageforschung, als Systemdurchdringung unter Aufrechterhaltung der Autonomie der Systemelemente in komplexen Gesellschaften kann so durchaus resümiert werden, daß Umfrageforschung selbst als generalisiertes Vermittlungsmedium gelten kann und zur Lösung auch des Stabilitäts- und Anomieproblems in differenzierten Gesellschaften, zur Sicherung von „organischer Solidarität“ beiträgt; wenn die-

ses Instrument aber gleichzeitig nur unter Bedingungen „organischer Solidarität“ arbeitet, muß man beinahe annehmen, daß bei der Konzipierung von Umfrageforschung eine wohlthätige, homöostasefördernde Kraft ihre „hidden-hand“ im Spiel gehabt haben muß.

Eine Übersicht über die genannten Beziehungen mag die Darstellung zusammenfassend weiter verdeutlichen (vgl. Abb.).

VIII.

An dieser Stelle wird nun auch ein Ansatz für eine Instrumententheorie der Befragung sichtbar: Es wird zu untersuchen sein, ob bzw. welche typischen und systematischen Fehler von Befragungsdaten sich mit Abweichungen von den genannten sozialstrukturellen und sozial-psychologischen Bedingungen der Befragung ergeben. Die beiden wichtigsten Arten dieser Abweichung sind mit geringen Graden sozialer Komplexität von Sozialsystemen einerseits und mit der vertikalen Differenzierung (nach Maßgabe des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen: soziale Schichtung) auch innerhalb komplexer Sozialsysteme umschrieben, sofern vertikale Differenzierung zu unterschiedlicher Ausstattung von Populationsteilen mit den Eigenschaften Motivation,

Modell der sozialen Bedingungen der Umfrageforschung

Kognition und Empathie führt. Die engen Affinitäten zwischen den sozialen Implikationen der Umfrageforschung einerseits und den Theorietraditionen im Umkreis der „übersozialisierten Konzeptionen des Menschen“, der SIMMELschen „moralischen Persönlichkeit“ und bestimmten Fassungen (evolutionistisch verstandener) Modernisierungs- und Demokratietheorien dürften dabei gleichzeitig deutlich geworden sein. Ob diese Affinitäten nun zu bestimmten artifiziellen „Bestätigungen“ der genannten Theorietradition bei ihrer Überprüfung durch Befragungsverfahren führen (bzw. geführt haben), etwa durch den systematischen „Ausfall“ nicht-„übersozialisierter“ Personen bei Forschungskontakten oder durch die für Sekundärkontakte üblichen Selbst-Präsentationsstrategien von besonders interaktionswilligen Befragten aus den mittleren Strata, würde eine solche Instrumententheorie zu klären haben. In der Tat erweisen sowohl die einschlägigen Ergebnisse zu personellen Korrelaten von struktureller Modernisierung einerseits und die Literatur zu schichtspezifischen Persönlichkeitsmerkmalen andererseits⁹ gleichermaßen, daß die Persönlichkeitseigenschaften der (Interaktions-) Motivation, die Ausstattung mit kognitiven Fähigkeiten und mit Empathie deutlich nach Komplexität von Sozialsystemen und der Position von Personen in der Schichtenstruktur variieren. Die Fehlerliteratur zur Befragung¹⁰ weist schließlich überzeugend – wenngleich oft nicht systematisch und theoretisch interpretiert – nach, daß das „Fehlverhalten“ von Befragten stark von den genannten Eigenschaften abhängt. Sowohl die Bereitwilligkeit und Fähigkeit zur Interviewaufnahme, wie zur Antwortgabe hängen direkt von der Verfügung über die Eigenschaften Motivation, Kognition und Empathie ab. Faktisch führt dies dazu, daß Populationsteile in den auswertbaren Datensätzen umso eher nicht vertreten sind, je weniger sie über diese Eigenschaften verfügen. Damit erfolgt bereits über diese Prozesse eine Selektion von Befragten so, daß tendenziell in Umfragedaten tatsächlich eher der „übersozialisierte“ Teil der Bevölkerung erscheint.

9 Zu Korrelaten von struktureller Modernisierung vgl. z. B. LERNER (1958; 1968); zu schichtspezifischen Persönlichkeitskorrelaten vgl. z. B. SIEGRIST (1970) und die dort angegebene Literatur.

10 Vgl. hierzu insbesondere und zu den folgenden Bemerkungen ESSER (1975) und die dort angegebene Literatur.

In bezug auf das Gültigkeitsproblem sind die Ergebnisse der Fehlerliteratur etwas verwickelter, weisen dann aber umso deutlicher in die genannte Richtung. Prinzipiell sind zwei Klassen von Ungültigkeitsfaktoren zu unterscheiden: Falschantworten wegen kognitiver Überforderung und Falschantworten durch Ausrichtung der Antwort auf „soziale Erwünschtheit“.¹¹ Während Falschantworten aus kognitiver Überforderung in der Regel nicht zu systematischer Verzerrung führen (mit einer wichtigen Ausnahme¹²), gilt für die Antwortlenkung eine deutliche Regelmäßigkeit: Sowohl die Fähigkeit wie das Bedürfnis zur Antwortlenkung sind unmittelbare Korrelate der Persönlichkeitseigenschaften Motivation, Kognition und Empathie. Man kann sogar sagen daß für Personen mit hoher Interaktionsmotivation, ausgebildeten kognitiven Fähigkeiten und Empathie die „Präsentation“ als normenkonform, leistungsfähig und sozial beliebt geradezu eine Interak-

11 Dies ist eines der Hauptergebnisse der umfangreichen empirischen Forschung über Reaktivitätsprozesse bei Forschungskontakten; vgl. ebenfalls ESSER (1975) und die dort angegebene Literatur. Vgl. auch VAN KOOLWIJK und WIEKEN-MAYSER (1974).

12 Diese Ausnahme ist die Erscheinung der sog. Aquieszenz. Danach neigen Befragte bei intellektueller bzw. linguistischer Überforderung – wenn sie nicht mit Meinungslosigkeit reagieren – zu einer Ergebnishitsgeste als Verhaltensstrategie zur Minimierung von (befürchteten) Konsequenzrisiken. In der Regel wirkt sich diese Ergebnishitsstrategie als eine Neigung („response set“) zum „Ja-Sagen“ (auf beliebige Fragen) aus. Diese Ja-Sage-Tendenz ist dabei deutlich mit den Persönlichkeitseigenschaften Motivation, Kognition und Empathie negativ korreliert. Unterschichten neigen überdies traditionell zur Ergebnishits in öffentlichen Kontakten und dort tritt die Ja-Sage-Tendenz dann sogar unabhängig von den Persönlichkeitsmerkmalen Motivation, Kognition und Empathie auf. Besonders gültigkeitsgefährdend sind diese Reaktionsstrategien bei sogenannten einseitig formulierten Skalen, wie den bekannten F- und D-Skalen, oder der SROLE-Anomie-Skala u. a. Da bei diesen – sehr beliebten – Skalen „Zustimmung“ jeweils die Eigenschaften „faschistoid“, „dogmatisch“ bzw. „anomisch“ indiziert, könnten die bekannten Nachweise des Unterschichten-Autoritarismus bzw. der Unterschichten-Anomie u. U. nichts anderes sein, als reine Methodenartefakte. Auf Möglichkeiten der methodischen Überwindung (z. B. das „Drehen“ von Skalen) sei hier nur hingewiesen, wenngleich die Probleme auch dann prinzipiell bestehen bleiben. Faktisch wirkt die Ja-Sage-Tendenz so allerdings in die gleiche Richtung wie die übrigen Artefaktprozesse bei der Befragung.

tionsstrategie für Sekundärkontakte, d. h. auch für Befragungen, ist. Die Folge ist, daß bei Befragungen nach der Selektion von Personen mit hoher Motivation, Kognition und Empathie eine zusätzliche systematische Verzerrung der Eigenschaftszuschreibungen über die genannten Präsentationsstrategien in die Richtung der „moralischen Persönlichkeit“ einsetzt.

Da diese Prozesse inzwischen – neben ihrer theoretischen Plausibilität – auch empirisch gut aufgewiesen sind, läßt sich resümierend durchaus feststellen, daß Umfragedaten tendenziell die Theorietraditionen über systematische Datenverzerrungen „bestätigen“, in denen die impliziten sozialen Erfordernisse des Verfahrens als Normalzustände von Gesellschaften eines bestimmten Typus (komplexe und integrierte Sozialsysteme) erscheinen.

Literatur

- ALMOND, G. A., S. VERBA, 1963: *The Civic Culture*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- BARBER, B., 1964: Science in Modern Society: Its Place in Liberal and Authoritarian Society. In: *The Rise of Science in Relation to Society*, hrsg. von L. M. Marsak. New York, London: MacMillan.
- BARBER, B., 1968: Science. III. The Sociology of Science. In: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Band 14, hrsg. von D. L. Sills. New York u. a.: MacMillan, The Free Press.
- BARTLETT, F. C., 1932: *Remembering*. Cambridge: Cambridge University Press.
- BENDIX, R., 1964: *Nationbuilding and Citizenship*. New York, London, Sidney: Wiley.
- BERELSON, B., 1952: Democratic Theory and Public Opinion. *Public Opinion Quarterly*, 16, 313–330.
- BONILLA, F., 1964: Survey Techniques. In: *Studying Politics Abroad*, hrsg. von R. E. Ward. Boston, Toronto: Little, Brown & Co.
- CAMPBELL, D. T., 1957: Factors Relevant to the Validity of Experiments in Social Settings. *Psychological Bulletin* 54, 297–312.
- CICOUREL, A. V., 1970: *Methode und Messung in der Soziologie*. Frankfurt: Suhrkamp.
- COLEMAN, J. S., 1968: Modernization. II. Political Aspects. In: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Band 10, hrsg. von D. L. Sills. New York u. a.: MacMillan, The Free Press.
- CURTIS, James, 1971: Voluntary Association Joining: A Cross-National Comparative Note. *American Sociological Review* 36, 872–886.
- DAHEIM, H.-J., 1967: *Der Beruf in der modernen Gesellschaft*. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch.
- DENZIN, N. K., 1970: *The Research Act in Sociology*. Chicago: Butterworths.
- DEUTSCH, K. W., 1971: Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung. In: *Theorien des sozialen Wandels*, hrsg. von W. Zapf. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch.
- DURKHEIM, E., 1960: *De la division du travail*. Paris: Presses universitaires de France.
- ESSER, H., 1975: *Soziale Regelmäßigkeiten des Befragtenverhaltens*. Meisenheim: Hain.
- GERHARDT, U., 1971: *Rollenanalyse als kritische Soziologie*. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- GOODE, W. J., 1960: A Theory of Role Strain. *American Sociological Review* 25, 483–496.
- GOODY, J., I. WATT, 1963: The Consequences of Literacy. *Comparative Studies in Society and History* 5, 304–345.
- GOSTKOWSKI, Z., 1964: Algunas Consideraciones en torno a la Validez de las Tecnicas de Investigacion utilizadas en los paises en vias de desarrollo. *Ciencias Políticas y Sociales* 10, 441–451.
- GOSTKOWSKI, Z., 1966: Some Assumptions and Postulates Concerning the Empirical Research on Research Techniques in Sociology. *Polish Sociological Bulletin* 1, 48–66.
- HABERMAS, J., 1969: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- HALBWACHS, M., 1950: *La mémoire collective*. Paris: Presses universitaires de France.
- HAVENS, A. E., 1964: Methodological Problems of Sociological Survey Research in Columbia. *América Latina* 7, 87–95.
- HOIJER, H., 1971: Language and Writing. In: *Man, Culture and Society*, hrsg. von H. L. Shapiro. London: Oxford University Press.
- HOFFMAN, M., 1963: Research on Opinions and Attitudes in West Africa. *International Social Science Journal* 15, 59–69.
- HOLZKAMP, K., Verborgene anthropologische Voraussetzungen der allgemeinen Psychologie. In: *Kritische Psychologie*. Frankfurt: Fischer.
- JAHODA, M., H. ZEISEL, 1933: *Die Arbeitslosen von Marienthal*. Leipzig: Hirzel.
- JONES, E. E., H. B. GERARD, 1967: *Social Psychology*. New York, London, Sidney: Wiley.
- KATAGOSCINA, N. A., 1971: Die Rolle sozialer Faktoren bei der Formierung und Entwicklung von Schriftsprachen. In: *Soziologie der Sprache*, hrsg. von R. Kjolseth, F. Sack. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KEESING, F. M., M. M. KEESING, 1966: Opinion Formation and Decision Making. In: *Communication and Culture*, hrsg. von A. G. Smith. New York u. a.: Holt, Rinehart and Winston.
- KOOLWIJK, J. van, M. WIEKEN-MAYSER, 1974: *Techniken der empirischen Sozialforschung*, 4. Band: Erhebungsmethoden: Die Befragung. München: Oldenbourg.
- LASSWELL, H. D., 1948: *Power and Personality*. New York: W. W. Norton.
- LERNER, D., 1958: The Passing of Traditional Society. Glencoe, Ill.: The Free Press.
- LERNER, D., 1968: Modernization. I. Social Aspects. In: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Band 10, hrsg. von D. L. Sills. New York u. a. MacMillan, The Free Press.
- LIPSET, S. M., 1960: *Political Man*. New York: Doubleday.
- LIPSET, S. M., 1963: *The First New Nation*. The

- United States in Historical and Comparative Perspective. London: Heinemann.
- MEAD, G. H., 1934: *Mind, Self, and Society*. Chicago: Chicago University Press.
- MEAD, G. H., 1969: *Sozialpsychologie*. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- MERTON, R. K., 1967: *Social Theory and Social Structure*. New York: The Free Press.
- MITCHELL, R. E., 1965: Survey Materials Collected in the Developing Countries: Sampling, Measurement, and Interviewing Obstacles to Intra- and International Comparisons. *International Social Science Journal* 17, 665–685.
- NEALE, W. C., 1957: The Limitations of Indian Village Survey Data. *Journal of Asian Studies* 17, 383–402.
- PARSONS, T., 1961: *The Structure of Social Action*. Glencoe, Ill.: The Free Press.
- PARSONS, T., 1964: Evolutionary Universals in Society. *American Sociological Review* 29, 339–357.
- PARSONS, T., 1966: *Societies. Evolutionary and Comparative Perspectives*. Englewood Cliffs, N. J.: Prentice Hall.
- PARSONS, T., 1967a: Durkheim's Contribution to the Theory of Integration of Social Systems. In: *Sociological Theory and Modern Society*. New York, London: The Free Press.
- PARSONS, T., 1967b: „Voting“ and the Equilibrium of the American Political System. In: *Sociological Theory and Modern Society*. New York, London: The Free Press.
- PARSONS, T., 1967c: On the Concept of Political Power. In: *Sociological Theory and Modern Society*. New York, London: The Free Press.
- PARSONS, T., 1972: *Das System moderner Gesellschaften*. München: Juventa.
- PAUSEWANG, S., 1969: Empirische Sozialforschung in einem Entwicklungsland. Von den Erfahrungen eines Soziologen in Äthiopien. In: *Aspekte der Entwicklungssoziologie*, hrsg. von R. König. Köln, Opladen: Westdeutscher.
- POPITZ, H. 1961: Soziale Normen. *Archives Européennes de Sociologie* 2, 132–152.
- RIESMAN, D., N. GLAZER, 1948: The Meaning of Opinion. *Public Opinion Quarterly* 12, 633–641.
- ROKKAN, S., 1969: Comparative Cross-National Research: The Context of Current Efforts. In: *Comparing Nations*, hrsg. von R. L. Merritt, S. Rokkan. New Haven, London: Yale University Press.
- ROKKAN, S., 1969: Cross-National Survey Research: Historical, Analytical, and Substantive Contexts. In: *Comparative Survey Analysis*, hrsg. von S. Rokkan et al. Den Haag, Paris: Mouton.
- ROKKAN, S., 1961: Mass Suffrage, Secret Voting, and Political Participation. *Archives Européennes de Sociologie* 2, 132–152.
- ROKKAN, S., 1972: Vergleichende Sozialwissenschaft. Die Entwicklung der interkulturellen, intergesellschaftlichen und inter-nationalen Forschung. Frankfurt, Berlin, Wien: Ullstein.
- RUDOLPH, L., S. H. RUDOLPH, 1958: Survey in India: Field Experience in Madras State. *Public Opinion Quarterly*, 22, 235–244.
- SCHEUCH, E. K., M. B. SUSSMAN, 1970: Gesellschaftliche Modernität und Modernität der Familie. In: *Soziologie der Familie*, hrsg. von E. Lupri, G. Lüschen. Köln, Opladen: Westdeutscher.
- SCHULTZ, D. P., 1969: The Human Subject in Psychological Research. *Psychological Bulletin* 72, 214–228.
- SIEGRIST, J., 1970: Das Consensus-Modell. Stuttgart: Enke.
- SILVERMAN, I., A. D. SHULMAN: A Conceptual Model of Artifact in Attitude Change Studies. *Sociometry* 33, 97–107.
- SIMMEL, G.: 1890: Über sociale Differenzierung. Leipzig: Duncker und Humblot.
- SIMMEL, G., 1907: *Philosophie des Geldes*. Leipzig: Duncker und Humblot.
- SIMMEL, G., 1908: *Soziologie*. Leipzig: Duncker und Humblot.
- SPEIER, H., 1952: The Historical Development of Public Opinion. In: *Social Order and the Risks of War: Papers in Political Sociology*. New York: George W. Stewart Publisher.
- TURNER, R. H., 1956: Role-Taking, Role Standpoint, and Reference-Group Behavior. *American Journal of Sociology* 61, 316–328.
- VERBA, S., 1969: The Uses of Survey Research in the Study of Comparative Politics: Issues and Strategies. In: *Comparative Survey Analysis*, hrsg. von S. Rokkan et al. Den Haag, Paris: Mouton.
- WEBER, M., 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- WHYTE, W. F., R. R. BROWN, 1968: On Language and Culture. In: *Institutions and the Person*, hrsg. von H. S. Becker et al. Chicago: Aldine.
- WILSON, E. C., 1958: Problems in Survey Research in Modernizing Areas. *Public Opinion Quarterly* 22, 230–234.
- WUELKER, G., 1963: Questionnaires in Asia. *International Social Science Journal* 15, 35–57.

Anschrift des Verfassers:
Dr. HARTMUT ESSER
5 Köln 1, Hülchrather Straße 6